Oeffentliches Sanitätswesen.

Die Ausdehnung des Rezepturzwanges, die chemisch-pharmazeutische Industrie und die Tagespresse.

Von Dr. W. Hanauer in Frankfurt a. M.

Vor kurzem ist der Reichsgesundheitsrat einberufen worden, um zu beraten, wie weit neue Mittel, die bisher ohne ärztliches Rezept in den Apotheken verkauft werden dürfen, nunmehr dem Rezepturzwang unterworfen werden sollen. Mit dieser Beratung der Gesundheitsbehörde beschäftigt sich ein anonymer Aufsatz der „Frankfurter Zeitung“, erschienen in Nr. 129, der fragt: „Wem zu Liebe“ diese neuen Verordnungen getroffen werden sollen. Es wird darüber geklagt, daß nunmehr eine über das wünschenswerte Maß hinausgehende Bevormundung des Publikums auch auf dem Gebiete der Arzneimittellversorgung bevorstehe. Das Volk, seit altersher gewohnt, bei kleinen Unpäßlichkeiten aller Art nicht gleich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, sondern zunächst mit allerhand Hausmitteln zu probieren, der Indisposition Herr zu werden, habe sich dabei, dem Zuge der Zeit folgend, den modernen Arzneimitteln zugewandt, die gegenüber der Requisition der großväterlichen Hausapotheke im ganzen genommen nicht minder harmlos seien, dabei aber den Vorzug hätten, viel prompter zu wirken. Der Reichsgesundheitsrat wolle sich aber nicht darauf beschränken, die Liste durch starkwirkende Mittel zu ergänzen, sondern er wolle eine Reihe von Arzneimitteln, die bisher ohne ersichtlichen Schaden in den Apotheken frei verkäuflich waren und sich als zuverlässige Hausmittel gleichsam Bürgerrecht erworben hätten, ebenfalls unter Rezepturzwang stellen, so die einfachen Beruhigungs- und Einschläferungsmittel von der Art des Bromurals, Bornyvals, Adalins etc., die sämtlichen Salizylpräparate, die bromhaltigen Arzneistoffe, die gegen neuralgische Schmerzen bewährten Mittel, wie Salipyrin, Pyramidon und andere mehr. „In Zukunft soll also jeder, der ein Röhrchen Aspirin- oder Salipyrin-tabletten haben will, zunächst den Arzt aufsuchen und je nachdem 3—4—6 M für die schriftliche Ordination erlegen, auf Grund deren er erst das Gewünschte in der Apotheke erhält.“ Im Zeitalter der Hygiene mit ihrer Devise, daß Vorbeugen wichtiger als Heilen sei, müßte man dem Volke den Bezug wirkungsvoller und dabei doch im allgemeinen unschädlicher Arzneimittel erleichtern, aber nicht erschweren. Denn durch rechtzeitigen Gebrauch eines solchen Medikamentes lasse sich gar manche Erkrankung katarrhalischer, rheumatischer und neuralgischer Natur im Keime ersticken. Statt dessen sollen fortan die von irgendeinem leichten Unwohlsein befallenen Staatsbürger auf etliche unwirksame Mittelchen, allerhand Tees, Brustkaramellen etc. beschränkt bleiben, die den Ausbruch der Krankheit nicht zu verhindern vermöchten, so daß eine mehr oder minder lange Arbeitsunfähigkeit die Folge sei.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk durchschnittlich auf einer Bildungsstufe angelangt sei, die ihm ein Anrecht darauf gäbe, unschädliche Präparate, die schon seit einem Jahrzehnt anstandslos Verwendung gefunden haben, auch ohne Zwangs- und Bevormundungsmaßregeln aus der Apotheke zu entnehmen. Wenn eingewendet werde, daß durch urteilslosen und gewohnheitsgemäßen Gebrauch Gesundheitsschädigungen eintreten könnten und hin und wieder festgestellt worden seien, so wird gefragt, bei welchen Arzneimitteln dies nicht zutrefte. „Schließlich kann man auch durch unrationellen Gebrauch von doppeltkohlensaurem Natron seiner Gesundheit Schaden zufügen und durch übermäßigen Genuß von Kochsalz sich ernste Erkrankungen zuziehen. Und gar der Alkohol ein schweres Gift! Will man Natron, Kochsalz, Alkohol auch unter Rezepturzwang stellen? Folgerichtig müßte dies geschehen.“

Daß man nicht geneigt sei, gleich wegen jeder Kleinigkeit den Arzt in Anspruch zu nehmen, beruhe nicht nur auf einer unberechtigten Scheu, sondern sei in den sozialen Verhältnissen breiter Volksschichten begründet. Heute, wo die Zahl der Unselbständigen immer größer werde, habe nicht jedermann Zeit und Gelegenheit, sich bei leichten Indispositionen ein bis zwei Stunden in das Wartezimmer zu setzen, um von dem Arzt schließlich ein Rezept auf die Tabletten zu erhalten, die man sich sonst einfach im Vorbeigehen aus der Apotheke mitnahm. Die geplante Maßregel würde unter Umständen auch garnicht zum Ziele führen, die ihren Befürwortern vorschwebt: sie würde das arzneibedürftige Publikum nur den unbefugten Arzneimittelhändlern und den Geheim- und Schwindelmitteln zuführen. Es würde also gerade das Gegenteil von dem erreicht werden, was seinerzeit durch das Kurpfuschergesetz angestrebt wurde. Sei dies die Absicht der Regierung? Es erfolgt zuletzt ein geharnischter Appell an die Öffentlichkeit, die darauf aufmerksam gemacht werden müsse, daß der geplante Ukas durch eine übertriebene Nötigung zur Inanspruchnahme des Arztes auf eine Verteuerung des Arzneibezeuges und letzten Endes auf einen Angriff auf den Geldbeutel der Steuerzahler hinauslaufe.

Auf diesen unzweifelhaft aus den Kreisen der pharmazeutisch-chemischen Industrie herrührende und einseitig deren Interessen vertretenden Artikel sandte ich der „Frankfurter Zeitung“ folgende Antwort:

„Wem zu Liebe?“

Eine Repl...

In Nr. 129 Ihrer geschätzten Zeitung wird in einem Aufsatz mit obigem Titel darüber Klage geführt, daß eine über das wünschenswerte Maß hinausgehende Bevormundung des Publikums auf dem Gebiete der Arzneiversorgung durch eine Verordnung bevorstehe, wonach eine Anzahl von Mitteln, die bisher ohne ärztliches Rezept zu haben waren, für die Folge nur auf Anweisung eines Arztes an das Publikum abgegeben werden dürften. Als solche werden genannt: die Beruhigungs- und Schlafmittel, wie Bromural, Borneyal, Adalin, die bromhaltigen Arzneimittel, die sämtlichen Salizylpräparate, wie Salipyrin, Pyramidon, Aspirin. Diese Mittel werden als „Hausmittel“ bezeichnet und damit in eine Linie gestellt mit den allbekannten und seit Jahrhunderten üblichen Haus- und Volksmitteln: z. B. dem Brusttee, dem Lakritzen-saft, dem Rizinusöl oder dem Fencheltee. Gegen diese harmlose Deklaration der in Frage kommenden Arzneimittel möchte ich mich mit aller Entschiedenheit wenden, weil durch sie die Volksgesundheit recht erheblich gefährdet werden kann, und wir würden es für außerordentlich bedenklich halten, wenn diese durchaus nicht indifferenten Präparate als einfache Haus- und Volksmittel bezeichnet und als solche dem arzneibedürftigen Publikum angepriesen werden, wobei im übrigen über ihren Wert oder Unwert gar kein Urteil abgegeben werden soll. Die als Beispiele gewählten Heilmittel sind auch garnicht einmal sehr glücklich gewählt. Es sind Schlafmittel, Brompräparate und Salizylpräparate.

Schlafmittel nun, selbst wenn sie an und für sich ganz unschädlich sind, sollten niemals ohne ärztliche Verordnung gebraucht werden, weil der Organismus sich sehr leicht an sie gewöhnt, sie dann bald unwirksam werden und dann immer größere Dosen gebraucht werden müssen. Wenn jemand an chronischer Schlaflosigkeit leidet, so ist dies ein so ernster Zustand, daß der Patient sich selbst schwer schädigt, wenn er diesen Zustand durch Einnehmen selbstverordneter großer Quantitäten von Schlafmitteln bekämpfen will, statt den Arzt aufzusuchen, der erst die Ursache der Schlaflosigkeit feststellt, das Uebel kausal behandelt und in vielen Fällen versuchen wird, statt mit chemischen Mitteln mit einfachen physikalischen Heilfaktoren die Schlaflosigkeit zu bekämpfen.

Die Brompräparate gehören auch nicht zu den harmlosen Arzneisubstanzen, in zu großen Mengen genossen oder bei vorhandener Idiosynkrasie können sie schwere Magenstörungen und Hautaffektionen hervorrufen.

Und nun endlich die Salizylpräparate, als deren Repräsentant das viel gebrauchte Aspirin gelten kann! Letzteres steht der Salizylsäure sehr nahe und muß daher, wie Brugsch bestätigt hat, die gleiche schädliche Wirkung auf die Nieren ausüben können, wie dieses. Auch sind schwere Hautausschläge wiederholt nach dem Gebrauch des Aspirins beobachtet worden.

Daraus ergibt sich, daß diese Präparate mit nichten den Namen Hausmittel verdienen und mit den unschuldigen alten, und dennoch oft recht wirksamen Hausmitteln in eine Reihe gestellt werden dürfen. Selbst wenn letztere auch differente Stoffe enthalten, wie z. B. der Baldrian oder Kamillentee, so kommen diese garnicht zur Wirkung, weil davon nicht so große Mengen genommen werden können, als nötig sind, um eine schädliche Wirkung zu entfalten; davon hält auch der schlechte Geschmack ab. Das Bedenklichste bei den neuen Mitteln ist aber gerade, daß sie in komprimierten Formen hergestellt werden, infolgedessen beliebige Mengen davon gebraucht werden können, und daß es leicht bei ihnen gelingt, den schlechten Geschmack zu verdecken. Aus diesen Gründen halten wir gerade im Interesse des Volkswohles und der Volksgesundheit die Einreihung der genannten und ähnlicher Mittel in die Kategorie derjenigen, die nur auf ärztliches Rezept abgegeben werden dürfen, für durchaus notwendig.

Die weiteren Gründe, welche für die Freigabe der genannten Mittel ins Feld geführt werden, kommen, nachdem wir nachgewiesen haben, daß sie durchaus nicht so harmlos und unschädlich sind, eigentlich nicht mehr in Betracht. Mit wenigen Worten wollen wir aber noch darauf eingehen. „In Zukunft soll also jeder, der ein Röhrchen Aspirin- oder Salipyrin-tabletten haben will, zunächst den Arzt und je nachdem 3 bis 4 bis 6 M für eine schriftliche Ordination erlegen, ehe er das Gewünschte in der Apotheke erhält.“ Das Aufsuchen des Arztes wird aber nur zum Vorteil des Patienten sein, denn, wenn der Patient sich schon zum Arzt bemüht, so wird er für seine 3—6 M nicht ausgerechnet gerade ein Aspirinrezept verlangen, sondern erst eine gründliche Untersuchung und Feststellung der Diagnose, und kein gewissenhafter Arzt wird einem unbekannten Menschen Aspirin oder sonst eine Arznei vorschreiben, ohne sich vergewissert zu haben, daß diese Arznei auch indiziert ist. Der Patient bekommt für das Honorar, das er dem Arzt bezahlt, also auf alle Fälle mehr als das bloße Rezept. Wie ist es aber, wenn der Patient bei der ärztlichen Untersuchung erfährt, daß seine Knieschmerzen, die er für rheumatisch hält und die er mit Aspirin bekämpfen will, garnichts mit Rheumatismus zu tun haben, sondern von einer alten Syphilis herrühren oder auf tuberkulöser Grund-

lage beruhen? Hat sich in diesen Fällen die ärztliche Konsultation, auf Grund derer nunmehr die spezifische Behandlung eingeleitet wird, nicht reichlich gelohnt? Solche Fälle kommen bei beschäftigten Praktikern häufig vor, und sie zeigen aufs eklatanteste die Gefährlichkeit des Selbstkurierens. Es ist ferner eine Irreführung, wenn die genannten Mittel als Vorbeugemittel bezeichnet werden, als ob deren Gebrauch imstande wäre, die Krankheit im Beginn zu kupieren und damit schweren Folgezuständen vorzubeugen. Weder kann man von Salizylpräparaten behaupten, daß sie den Ausbruch eines Rheumatismus verhüten, noch weniger sind die Schlafmittel imstande, der habituellen Schlaflosigkeit vorzubeugen.

Die Höhe der Bildungsstufe des deutschen Volkes hat mit der Beurteilung von Heilmitteln auf ihre Unschädlichkeit garnichts zu tun. Im übrigen steht die Bildung des deutschen Volkes in bezug auf gesundheitliche und medizinische Fragen noch auf recht tiefer Stufe, sonst würde es den unsinnigsten und dümmsten Machinationen der Kurpfuscher nicht so vielfach zum Opfer fallen. Die Salizylpräparate und Schlafmittel mit Kochsalz und Alkohol auf eine Stufe zu stellen, ist recht deplaciert. Denn kein Mensch nimmt Kochsalz in unmäßigen Mengen zu Heilzwecken, ebensowenig, wie der arzneiliche Gebrauch des Alkohols noch jemand zum Trinker gemacht hat.

Die geplante Maßregel wird also nicht im geringsten zur Verschlechterung der Volksgesundheit beitragen, sondern vielmehr zu ihrer Hebung, sie wird auch die Kurpfuscherei nicht fördern, sondern sie vielmehr hemmen; denn auch die Selbstkurpfuscherei ist eine Art Kurpfuscherei. Wie die Volksgesundheit gefördert wird, das sieht man am besten an den Krankenkassen. Nicht zuletzt beruht die große hygienische Wirkung der Krankenversicherung darin, daß jetzt auch der Aermste sachgemäße ärztliche Behandlung und Arzneiversorgung erhält, daß er diese auch bei kleinen Leiden in Anspruch nehmen kann, während er früher sich mit dem Einkauf eines Mittels in der Apotheke behelfen mußte. Jetzt werden durch die sofortige Inanspruchnahme des Arztes oft die Krankheiten im Keime erstickt. Da die Reichsversicherungsordnung die Krankenversicherung auf alle „Unselbstständige“, ja auch zum Teil auf den selbstständigen Mittelstand ausdehnt, so fallen auch die Bedenken weg, daß durch die Ausdehnung des Rezepturzwanges breite Volksschichten ungebührlich belastet werden.

Dr. W. H.

Wenn ich nun des Glaubens war, daß es der „Frankfurter Zeitung“ willkommen sein mußte, die Frage auch von einem anderen Standpunkt beleuchtet zu sehen, so irrte ich mich. Die Zeitung sandte mir nämlich meine Erwiderung mit folgendem Schreiben zurück:

„Wir würden an sich bereit sein, eine Entgegnung auf den Artikel „Wem zu Liebe?“ aufzunehmen, haben aber gegen Ihren Artikel Bedenken, weil er uns zu weit zu gehen scheint. Gewiß ist es manchmal schädlich, daß Mittel wahllos von den Leuten genommen werden, und es ist durchaus erwünscht, sie dahin zu erziehen, daß sie regelmäßigen ärztlichen Rat einholen; aber es geht zu weit, den Rezeptzwang für alle Mittel zu verlangen, die jetzt zum größten Teil nach ärztlichem Rat-schlag ohne Rezept genommen werden, und bei denen die Aerzte sich begnügen, allgemeine Anweisungen zu geben, die auch für Wiederholungen gelten. Die Erziehung des Publikums zur regelmäßigen Einholung ärztlichen Rates bei Beginn einer Kur scheint uns viel wichtiger zu sein als Zwangsbestimmungen, die schließlich praktisch doch wenig nützen und andererseits verteuern wirken.“

Diese Motivierung der Ablehnung seitens der „Frankfurter Zeitung“ ist unverständlich und widerspruchsvoll. Wenn die Zeitung wünscht, daß das Publikum dahin erzogen werden soll, daß sie regelmäßigen ärztlichen Rat holt, so ist doch die Presse am ehesten für eine derartige Belehrung geeignet; warum hat sie aber alsdann meine Erwiderung zurückgewiesen, in welcher diese Belehrung ganz besonders ausdrücklich betont war? Ich habe auch nicht den Rezeptzwang für alle Mittel verlangt, die jetzt freigegeben sind, sondern nur für jene Mittel, die in dem Aufsatz, der zur Erwiderung-Veranlassung gegeben, als besonders harmlos hingestellt wurden. Unverständlich ist auch die Bemerkung der Redaktion, daß sie bereit sei, eine Entgegnung auf den Artikel aufzunehmen, wenn sie sich in den prinzipiellen Punkten mit ihm identifiziert. Wie soll denn alsdann diese Entgegnung aussehen?

So bleibt denn die bedauerliche Tatsache bestehen, daß durch den Aufsatz: „Wem zu Liebe?“ eine Irreführung der öffentlichen Meinung herbeigeführt wurde und die Möglichkeit abgeschnitten wurde, darauf zu erwidern.